

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verordnungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Einmal wöchentlich. Preis pro Anzeiger Nr. 23.

Regelungspreis für die Anzeigen: 100 Mark für 1000 Anzeigen und 10000 Mark für 10000 Anzeigen. — Einmal wöchentlich. Preis pro Anzeiger Nr. 23.

Telegramme: Exped. Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 261

Sonntag, den 8. November 1925

20. Jahrgang

Spanien erklärt Deutschland den Handelskrieg.

Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen.

Madrid, 6. Nov. Die spanische Regierung gab heute dem deutschen Botschafter den Abbruch der neun Monate lang geführten Wirtschaftsverhandlungen mit einer Erklärung des formellen Handelskrieges bekannt. Ein entsprechendes königliches Dekret wurde gestern abend unterzeichnet. Alle deutschen Waren werden außer den Sätzen der ersten Bestimmungen des Zolltarifs mit weiteren 80 Prozent Aufschlag belastet werden wegen des „Niedersandes der deutschen Markt“ nach spanischer Auffassung. Für die freien Häfen Nordafrikas und die kanarischen Inseln erfolgt ein absolutes Einfuhrverbot aller deutschen Produkte. Spanien begründet seine Maßnahmen damit, daß Deutschland die Verhandlungen verzögere, und im Jahre 1921 gegen Frankreich gleiche Maßnahmen ergriffen worden seien.

Madrid, 6. Nov. Eine Kommission der Abgeordneten von den kanarischen Inseln wurde gestern nacht von dem

Vorsitzenden des Handelsrates empfangen, der ihnen mitteilte, daß die Regierung keineswegs die Hoffnung auf eine freundschaftliche Einigung zwischen Deutschland und Spanien aufgegeben habe. Die jetzigen Prohibitionsmaßnahmen seien analog diejenigen, die 1921 gegen Frankreich angewandt seien. Die „Gaceta“ veröffentlicht heute ein königliches Dekret, wonach die Einfuhr von deutschen Waren nach Afrika und den kanarischen Inseln vollkommen verboten ist, der Zoll auf die nach Spanien und den Balearen eingeführten Waren um 80 Prozent erhöht wird. Die Presse aller Richtungen billigt das energische Vorgehen der Regierung und wirft den Deutschen vor, sie hätten durch ungerechtfertigte Verzögerung die Verständigung unmöglich gemacht.

Berlin, 7. November. Zu dem Abbruch der deutsch-spanischen Handelsvertragsverhandlungen und zu dem von der spanischen Regierung verkündeten Kampfzoll weist die Vossische Zeitung mitzuteilen, daß nunmehr auch die deutsche Regierung als Antwort Kampfzoll vorbereitet.

Tagung des Verwaltungsrates der Internationalen Handelskammer in Paris.

Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer ist zu einer Tagung zusammengetreten. Der Sitzung wohnten als Vertreter der fünf Verbände, die der Internationalen Handelskammer als Mitglieder beigetreten sind, nämlich 1. der Deutsche Industrie- und Handelstag, 2. der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, 3. die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, 4. der Reichsverband der Deutschen Industrie, 5. der Zentralverband des Deutschen Großhandels, bei: Franz von Wendelssohn, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Abraham Frowein-Oberfeld, stellvertretender Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Kommerzienrat Dr. Louis Hagen-Rösing, Reichsminister g. A. Eduard Hamm, geschäftsführendes Mitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages, Geheimrat Kommerzienrat Dr. S. Ravene-Berlin, Kommerzienrat Dr. Paul Neusch-Oberhausen, Franz Heinrich Wittfoest-Hamburg, Dr. Kieberg, deutscher Vertreter bei der Geschäftsstelle der Internationalen Handelskammer.

Der Vorsitzende der Internationalen Handelskammer Dr. Walter Deaf, Direktor der Westminster Bank, hielt zur Einführung der Deutschen folgende Ansprache: Meine Herren! Sie haben den wichtigsten Artikel des Programmes vernommen, den über die Wahl von fünf bedeutenden Vertreterpersönlichkeiten zur Mitgliedschaft der Internationalen Handelskammer. Bei der Mitteilung dieses Beschlusses an Herrn Franz von Wendelssohn war es meine angenehmste Pflicht, hinzuzufügen, in Uebereinstimmung mit der Befassung der Internationalen Handelskammer zur Gründung einer Gruppe für Deutschland zu scheitern. Diese Gruppe ist nun satzungsgemäß errichtet worden und wir haben das Vergnügen, heute unter uns zum ersten Male die bevollmächtigten Vertreter aus der Mitte der deutschen Nation zu sehen. Ich heiße hier Herrn von Wendelssohn und seine Kollegen im Namen der Kammer willkommen. Sie kommen zu uns mit der Versicherung, daß es Ihre Absicht ist, in unsere Erörterungen im Geiste der aufrichtigen Zusammenarbeit einzutreten. Wir begrüßen Ihre Anwesenheit in demselben Geiste und versprechen Ihnen eine ebenso aufrichtige Zusammenarbeit in allen Angelegenheiten des Bereiches der Internationalen Handelskammer. Von Anfang an ist es der Grundsatz der Kammer gewesen, sich auf die Angelegenheit zu beschränken, in denen eine solche Zusammenarbeit möglich ist. Wir haben absichtlich aus unserem Gesichtskreis viele Punkte fortgelassen, mit denen Angelegenheiten des nationalen Wirtschaftslebens zu tief verbunden sind, als daß eine Aussprache im Rat unserer Kammer darüber möglich wäre. Es ist nicht notwendig, daß ich dies im einzelnen auseinandersetze. Aber wir alle werden an die Schwierigkeiten denken, die sich von Zeit zu Zeit erheben haben und die notwendigerweise aus unseren Diskussionen ausgeklüftet wurden. Wir haben in der Folge gefunden, daß es richtig war, dies zu tun und doch noch ein Arbeitsfeld übrig blieb, das völlig genügt, um alle unsere Kräfte in Anspruch zu nehmen, ein Feld, das wir erforschen konnten auf der Grundlage solcher Dinge des internationalen Handels und der Industrie, in denen eine Uebereinstimmung sowohl dringend wünschenswert, als auch praktisch erreichbar ist.

Die Anwesenheit des Herrn von Wendelssohn und seiner Kollegen unter uns ist ein bereites Zeichen der Wirksamkeit dieses Friedenswillens, den wir alle für die einzig sichere Grundlage der Wiedergeburt Europas anerkennen. Wirklicher Frieden ist nur zu gewinnen durch die Vereinigung unserer Gedanken und Kräfte auf die Dinge, die auf den Frieden hinarbeiten. Wir haben die Zukunft vor uns. Es ist meine feste Ueberzeugung, daß die Kammer einen wichtigen Anteil daran hat, diese Zukunft zu fördern. Unser Ziel ist zu erreichen, nicht bloß dadurch, daß wir Resolutionen fassen und Reformen durchführen, obwohl auch dies eine wichtige Arbeit sei, sondern mehr dadurch, daß wir auf jede mögliche Weise den Geist der gegenseitigen Verständigung und Duldsamkeit fördern, dadurch, daß wir danach streben, uns einander kennenzulernen, und in Freundschaft die Streitpunkte auszugleichen, die sich notwendigerweise ergeben, die aber auch offen und ehrlich bargelegt werden müssen. Diese Atmosphäre, ebenso frei, freundschaftlich und unparteiisch, war die Grundlage unserer Erfolge in der Vergangenheit. Durch die Fortführung dieser Politik, die bin ich sicher, werden wir unsern Einfluß vertiefen und uns zu einem wichtigen Faktor in Europa machen.

Darauf erwiderte der Präsident der Industrie- und Handelskammer Franz von Wendelssohn: Herr Präsident! Meine Herren! Für die freundschaftlichen Worte der Begrüßung, die Sie, sehr bewertend

Die Botschafterkonferenz zur Entwaffnungsfrage und zur Räumung Kölns.

Paris, 6. Nov. Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich heute mit der Frage der Abrüstung Deutschlands.

Nach einer der Agentur Havas aus London zugegangenen Meldung, die den Bericht des Komitees hoch betrifft, soll die Lage etwa folgende sein: Zwischen den Alliierten und Deutschland gibt es hinsichtlich der materiellen Ansicht über die Entwaffnung keine ernstlichen Konflikte, sondern nur Schwierigkeiten von ziemlich geringer Bedeutung, die aller Wahrscheinlichkeit nach bis Ende November geregelt sein werden. Man hat Vertrauen zu den Absichten, die die Reichsregierung in ihrer Mitteilung vom 23. Oktober angekündigt hat, und zu den Erklärungen, die die deutschen Delegierten in Locarno abgegeben haben.

Tatsächlich stellt sich die Lage folgendermaßen dar: 1. In der Frage des „Generalstabes“ und des „Generalstabschefs“ wird sich das Komitee hoch damit einverstanden erklären, daß deutsche Vorschläge vorgelegt werden, die eine Abänderung bringen und die, wie man hofft, den Erwartungen der Alliierten entsprechen. Die Befugnisse des Generals v. Seeckt werden durch ein Dekret abgedehnt werden. 2. In der Frage der Sportverbände ehemaliger Offiziere (Stahlhelm u. a.) wird das Komitee die Existenz dieser Vereinigungen gestatten, einer militärischen Ausbildung jedoch widersprechen. 3. In der Frage der „illegalen Bewaffnung“ will das Komitee hoch auf dem Standpunkt verbleiben, daß sich das deutsche Heer der verbotenen Waffen nicht bedienen darf. 4. Hinsichtlich der Frage von Königsberg drückt das Komitee hoch die Ansicht aus, daß man von Deutschland eine Erklärung darüber erhalten müsse, aus welchem Grunde Königsberg nicht die 22 Geschütze entbehren kann und aus welchem Grunde die deutschen Behörden so großen Wert darauf legen, sie zu behalten. 5. In der Frage der Schutzpolizei sieht das Komitee den wichtigsten Punkt in der Organisation der Gables. Diese Frage ist ernster als die der Kasernierung. Der Effektivebestand, der durch das Abkommen von Spa festgelegt ist, darf 150 000 Mann nicht überschreiten. Das Komitee erklärt ferner, daß die deutsche Polizei ähnlich organisiert werden muß, wie die Polizei anderer Länder.

Parallel mit diesem Bericht, der übrigens sehr kurz sein soll, wird die Botschafterkonferenz die politische Seite der Entwaffnung zu prüfen haben. Nachdem den Alliierten über alle Punkte Bericht erstattet worden ist, wird die Botschafterkonferenz auf die deutsche Note antworten. Hierbei wird der Bericht des Komitees hoch die Grundlage bilden. Ueber die Räumung der Kölner Zone wird nichts erklärt; wahrscheinlich aber wird man folgendes Verfahren einschlagen: Die Kontrollkommission wird den alliierten Regierungen zum 30. November einen Bericht erstatten und ihnen mitteilen, ob die Entwaffnung auf gutem Wege ist. Es wird dann ein Beschluß darüber gefaßt werden, ob die deutsche Regierung Genugtuung gegeben hat. Sollte dies der Fall sein, so wird

die Räumung Kölns grundsätzlich am 1. Dezember beginnen. Aus materiellen Gründen kann dies jedoch erst zwischen dem 1. und 15. Dezember der Fall sein. Der Abtransport der englischen Truppen erfolgt erst, wenn die drei Do-

nate. Es ist nicht zu erwarten, daß er vor Mitte oder Ende Februar beendet sein kann.

Anmerkung des D. T. B.:

Zu dieser Meldung, die wir mit allem Vorbehalt wiedergeben, wird von zuständiger Seite darauf hingewiesen, daß es sich dabei um die angebliche Äußerung der militärischen Sachverständigen handelt, die bekanntlich von der Botschafterkonferenz zur Berichterstattung ausgearbeitet worden sind, nicht dagegen um eine Meinungsäußerung der für die politische Entscheidung maßgebenden Botschafterkonferenz selber.

Hindenburg und der Vertrag von Locarno.

In den Reichspräsidenten gelangen, wie der „Reichsdienst der deutschen Presse“ erfährt, seitens nationalstiftischer Verbände, Organisationen und Privatpersonen, insbesondere führender Offiziere, eine Menge von Zuschriften, die ihn beschwören, das Werk von Locarno zum Scheitern zu bringen. Die Zuschriften gehen nicht direkt an das Büro des Reichspräsidenten, sondern zumeist an seinen Sohn, mit der Bitte um Weiterleitung. Die Erledigung dieses Petitionssturmes vollzieht sich in durchaus verfassungsmäßiger Weise. Der Reichspräsident leitet die Zuschriften zur Erledigung an den zuständigen Minister.

Keine Einstellung der belgischen Kriegsverfahren gegen Deutsche.

Brüssel, 6. November. Nach einer Meldung der belgischen Telegraphen-Agentur demontiert das Justizministerium die von ihr gestern verbreitete Nachricht, daß es die Gerichte in einem Rundschreiben angewiesen habe, die Prozesse gegen Deutsche niederzuliegen, die beschuldigt werden, Kriegsverbrechen begangen zu haben. Auch die Angabe, daß der Justizminister angeordnet habe, schon ergangene Urteile nicht zu vollstrecken, wird als falsch bezeichnet.

Der künftige Rheinlandkommissar.

Berlin, 7. November. Der zum deutschen Rheinlandkommissar auszuwählende deutsche Botschafter in Madrid, Langworth von Simmern, soll einer Korrespondenzmeldung zufolge bereits nach Paris abgereist sein, wo er mit dem deutschen Botschafter v. Doehle Besprechungen haben werde.

Neue Einstellungen im Ruhrgebiet.

Berlin, 7. November. Nach Blättermeldungen aus Gelsenkirchen wird am 1. Dezember die zum Mannesmannkongress gehörende Reihe „Joachim“ in Krupp stillgelegt, wodurch 1500 Angestellte und Arbeiter beschäftigungslos werden. Gleichzeitig wird die ebenfalls zum Mannesmannkongress gehörende Reihe „Konsolidation“ in Gelsenkirchen, ferner die zur Rhein-Elbe-Union gehörende Reihe „Bluto“ zur Stilllegung kommen. In ersterem Falle werden 8200, im zweiten 8000 Mann erwerbslos.

Rückkehr des Reichstagspräsidenten und der Reichstagsmitglieder aus Amerika.

Hamburg, 6. November. Von den deutschen Teilnehmern an der Tagung der Interparlamentarischen Union in Washington treffen am Sonntag, den 8. November, mit dem Dampfer „Deutschland“ der Hamburg-Amerika Linie Reichstagspräsident Doehle und die Reichstagsabgeordneten v. Rheinbaben, Adolf Krosigk, Clara Wende, Louis Schöber, Carl Hindenbrand und Dr. Wittmann in Hamburg ein.

der Milch
ist hin und
den, sei es, daß
t, daß die Kin-
Es veruracht
schteten Schaden
in Milch, Kaka
schwächer Sub-
ellan, mit einer
(g.) Man legt
Die bei der all-
entwickeln sich
& sonstige Koch
gerichten die
umgeschleuberten
uerder Beme-
und Ueberfuchen
die bisher die
gemacht haben,
antwarentschaft

ebangel. Jung-
ent über Watt.
De. Nachm.
De. 13 Uhr:
e. 8 Uhr:
Moritzburg.
e. Lutherkirch
r. Dertel: Lu-
recht gefunden.
Pfa. — Mitt-
e; 2. — Don-
nensvereins im
r. Kindeberg. 3;
6 Uhr: Schil-

esdienst: Pfar-
sche mich sein,
ontag: Christl.
an der Nicolai-
tragsabend. —
8 Uhr: Wibel-
des Frauen-
des Frauen-
erlei: Frauen-
angefrauen von

b).
Sonntagschule.
Montag,
in anschließend
ammlung. —
Don-
rer (Kochardt),
nner.

urger Str. 74).
1 Uhr: Hinder-
woch, 8 Uhr
nner sind zu

in der Schloß-
blät u. Segen
Männerverein,
ie früh 8 Uhr.

die
Tage
f. Kall.
e Gestalt,
it,
e befreit.

Weiß, Sinnst.

angen
eriet.
s Bitterlich,
S

tra“
Kavaller,
arz, braun

Aue